

Nachrichten vom Landtage.

in und siebenzigste öffentliche Sitzung der ersten Kammer, am 26. Juni 1833.

Die Sitzung beginnt um halb elf Uhr. Das Protokoll der letzten öffentlichen Sitzung wird verlesen, von der Kammer genehmigt, und vom Bischof Mauermann und D. Großmann mit unterzeichnet.

Der Einlauf enthielt:

1. D. Baumann überreicht den skizzirten Plan einer zu errichtenden Armenversorgung im Königreiche Sachsen;

Beschluß: an die 3. Deputation.

2. Bericht der 3. Deputation, die vom Bürgermeister Wehner bevormuntete Petition, das Bierbrauwesen in Sachsen betreffend;

Beschluß: zum Druck u. auf die Tagesordnung.

3. Mehrere Bewohner von Arnsdorf, Königswalde bitten um Unterstützung zum Auswandern;

Beschluß: an die 3. Deputation, weil derselben mehrere ähnliche Gesuche vorliegen.

4. Bericht der ersten Deputation, den Gesetzentwurf über Staatsangehörigkeit und Staatsbürgerrecht, auch Wohnsitz- und Heimathsrecht betreffend;

5. Bericht der 3. Deputation, die Petition der Städte Mühltroff und Pausa um Anlegung neuer Verbindungsstraßen betreffend;

Beschluß: Beide Berichte zum Druck und auf die Tagesordnung.

Auf der Tagesordnung standen drei Gegenstände: 1) Bericht der vierten Deputation über den Antrag der Communrepräsentanten zu Dahlen, 2) Bericht der dritten Deputation über die vom Abg. der 2. Kammer Rost bevormuntete Beschwerde des Bauers und Gutsbesizers Lommatsch wegen einer ihm dictirten Strafe von 29 Thlr. und 3) Bericht derselben Deputation, über das Gesuch der israelitischen Gemeinde zu Dresden um bürgerliche Gleichstellung.

Man ging sonach zum ersten Gegenstande, dem Bericht der vierten Deputation über den Antrag der Communrepräsentanten zu Dahlen, in welchem Bürgermeister Ritterstädt Referent war, über. Das Gutachten des Berichts ging dahin, daß von den angebrachten 7 Beschwerdepuncten die beiden ersten, so wie der 4. 5. und 6. aus dem Grunde, weil die betreffenden Angelegenheiten noch nicht zur höchsten Behörde gebracht worden, der 3. u. 7. aber als unbegründet zurückzuweisen seien. Der 3. Punct betrifft die Annahme der Criminalgefängnisse in das Rathhaus, der 7. die angeblich verzögerte Einführung der Städteordnung.

Der k. Comm. v. Wietersheim bemerkt, daß inzwischen auch die 3. Beschwerde ihre Erledigung gefunden habe, indem ein zur Beseitigung mehrfacher Irrungen nach Dahlen abgesandeter Commissair auch wegen der Gefängnisse einen Vergleich ermittelt habe. Was aber die 7. Beschwerde anlangt, so sei der neue Rath nunmehr bereits erwählt, und somit der wichtigste Schritt zur Einführung der neuen Städteordnung geschehen.

Hierauf stellte der Präsident die Frage, ob man dem Deputationsgutachten beizutreten geneigt sei? Die Antwort war einstimmig bejahend, man beschloß, die Sache mittelst Protokollextracts der 2. Kammer mitzutheilen und eine Bescheidung an die Beschwerdeführer zu erlassen. Es kam nun der zweite Gegenstand, der Bericht der dritten Deputation über die Beschwerde des Bauers und Gutsbesizers Lommatsch, zur Berathung. Referent war Bürgermeister Hübler. Das Gutachten der Deputation ging auf die Abweisung des Beschwerdeführers wegen der §. 118 der Landtagsordnung unter f. und g. bezeichneten Mängel. Die Kammer entschied sich einstimmig auf die Frage des Präsidenten für das Deputationsgutachten.

Bei dieser Gelegenheit bemerkt Bürgermeister Hübler, daß wohl besser sein würde, wenn auch solche Beschwerden, welche von einem Mitgliede der Kammer bevormuntet seien, an die 4. Deputation abgegeben würden, um ungeeignetes Anbringen sofort abweisen zu können und nicht erst einen vollständigen Bericht darüber liefern zu müssen, und dieß auch dem §. 116. der Landtagsordnung angemessen erscheine.

Mit diesem Vorschlage war die Kammer einverstanden, und man schritt sofort zur Berathung des letzten Gegenstandes, dem Bericht der 3. Deputation über das Gesuch der israelitischen Gemeinde zu Dresden um bürgerliche Gleichstellung, in welcher Sache Bürgermeister Hübler gleichfalls Referent war.

Dieser verliest die Petition der Dresdner jüdischen Gemeinde, eine von dem Handels- und Gewerbestande zu Leisnig, Oschatz, Grimma, Döbeln, Mitweida und Colditz eingereichte Petition wider die Gleichstellung der Israeliten, eine Eingabe des Bürgermeisters Bernhards wegen Abschaffung der in Freiberg in Hinsicht der Juden bestehenden Einrichtung, und zuletzt den Bericht der 3. Deputation selbst, welcher folgenden Inhaltes ist:

Das obige Gesuch ist der ersten Kammer der Ständeversammlung von einem Mitgliede derselben, dem Herrn Professor D. Aug, in der Sitzung vom 27. März d. J. übergeben, nach